

Titel:

Populismus und Klimapolitik in Europa

Autor*innen:

Klaus Jacob, Stella Schaller & Alexander Carius

Kurzzusammenfassung

Rechtspopulistische Parteien in Europa und im Europäischen Parlament treten klima- und umweltpolitisch auf die Bremse. Die anthropogenen Ursachen oder die Relevanz von Klimawandel werden vielfach geleugnet. Wir untersuchen die Motive und die Ursachen des Erstarkens populistischer Parteien und fragen danach, wie sich dies zu der Gestaltung und der diskursiven Rahmung von Klima- und Umweltpolitik verhält.

Schlagworte

Populismus, Klimawandel, Klimapolitik, Umweltpolitik, Klimaskepsis

1. Einleitung

Weltweit haben nationalistische, autoritäre und populistische politische Parteien und Bewegungen Einfluss gewonnen: das Brexit-Votum in Großbritannien, die Präsidentschaft von Trump in den USA, Putin in Russland, Erdogan in der Türkei, Bolsonaro in Brasilien, Rassemblement National (ehemals: Front National) in Frankreich, FPÖ in Österreich, AfD in Deutschland, Lega in Italien, Fidesz in Ungarn, PiS in Polen u.a. (s.a. Spittler 2018). Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Mai 2019 ist der Anteil rechtspopulistischer und nationalkonservativer Parteien weiter gestiegen, etwa ein Viertel der Sitze wird von diesem Parteienspektrum besetzt. In Europa gibt es je nach nationalen Gegebenheiten eine Vielfalt an Formen des Populismus (Manow 2018). Dies zeigt sich auch darin, dass Populisten und Nationalisten in unterschiedlichen Fraktionen innerhalb des EP organisiert sind. Auch wenn diese Parteien (bisher) nicht als eine Einheit agieren, nicht über eine Mehrheit der Sitze verfügen und eher selten Teil von Regierungen sind, wirken sich ihre Themen, Positionen und ihr Auftritt auf die politische Agenda und Debatte aus. Andere Parteien übernehmen Begriffe und Rahmungen, greifen populistische Forderungen auf oder entwickeln eine explizite Gegenposition. Die Wirkungen dieser Parteien und Bewegungen auf Politik, politische Kultur und Gesellschaft gehen über ihre jeweiligen Stimmenanteile hinaus.

In diesem Kapitel analysieren wir die klimapolitischen Positionen dieser Parteien. Im Gegensatz zu Fragen der wirtschaftlichen Integration, der Europäisierung und insbesondere des

Euro einerseits und von Migration und Sicherheit andererseits sind umweltpolitische Fragen bisher kein zentrales Thema populistischer Parteien. Dies könnte sich im Lichte der gegenwärtigen dynamischen klimapolitischen Debatte ändern. Unsere Fragestellung geht jedoch über die Tagespolitik und einzelne Wahlergebnisse hinaus: Wir untersuchen, wie sich die Rahmung von Umwelt- und Klimapolitik zu dem Politikverständnis dieser Parteien verhält. Daraus lassen sich Überlegungen zu möglichen Strategien im Umgang mit diesen Bewegungen ableiten.

Die derzeitige Rahmung von Klimapolitik passt zu der Anti-Politik populistischer Parteien. Gegenwärtig mobilisieren die Proteste für einen wirksamen Klimaschutz eine große Anzahl besonders junger Menschen und tragen zur Entstehung einer neuen sozialen Bewegung bei. Die breite Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen spiegelt sich auch in den Wahlerfolgen grüner Parteien in vielen europäischen Ländern und dem EP wider. In dieser Gemengelage besteht das Risiko, dass das Thema zu einer zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinie wird und wesentliche Institutionen und Legitimationsquellen für Klima- und Umweltpolitik in Frage gestellt werden.

2. Positionen populistischer Parteien zum Klimaschutz

In einer früheren Studie (Schaller & Carius 2019) haben wir die Positionen von 21 rechtspopulistischen Parteien in Europa analysiert. Wir konnten drei Positionen in Bezug auf den anthropogenen Klimawandel identifizieren: Ein erster Typ ist durch Klimawandelleugnung bzw. Skepsis geprägt. Die AfD oder UKIP sind prominente Beispiele dafür. Demnach würden die Vorteile von Klimawandel etwa auf das Wachstum von Pflanzen nicht zur Kenntnis genommen oder sogar unterdrückt, die Ursachen für Klimawandel seien natürlich, der Anteil von CO₂ in der Atmosphäre zu vernachlässigen. Die wissenschaftliche Expertise sei widersprüchlich und angeblich wissenschaftliche Befunde jenseits des klimawissenschaftlichen Mainstreams würden nicht zur Kenntnis genommen. Ein widerkehrendes Motiv ist die Theorie, dass Klimawandel erfunden sei, um weitere Steuern zu rechtfertigen. Wir zählen 7 Parteien in dieser Gruppe (ebd.).

Eine weitere Gruppe von Parteien aus diesem Spektrum hat entweder keine Position zum Klimawandel entwickelt oder misst dem eine geringe Bedeutung zu. Dazu gehören die polnische PiS, die italienische Lega, die belgische Vlaams Belang u.a. Wir kategorisieren 11 Parteien zu diesem Typ. Diese Zurückhaltung wird u.a. mit der Unsicherheit hinsichtlich von Klimafolgen begründet. Soweit Aussagen zu Energiepolitik gemacht werden, betreffen diese

eher soziale Aspekte z.B. steigende Energiepreise, als dass Bezüge zu Klimaveränderung hergestellt werden.

Schließlich gibt es eine kleine Gruppe von Parteien (3 Parteien), die den wissenschaftlichen Mainstream unterstützen und die Risiken von Klimawandel für die Welt und das eigene Land anerkennen. Dazu gehören die ungarische Fidesz oder die Nationale Allianz aus Lettland.

Die *klimapolitischen* Positionen fallen entsprechend facettenreich aus. Dabei ist die Bewertung von Klimapolitik oft nicht konsistent mit der von Klimawandel und -wissenschaft. Typische Argumente sind: Klimapolitik führe dazu, dass Energiepreise steigen, was für die lokale bzw. nationale Wirtschaft schädlich sei, zu Einschränkung von Freiheit und zu einer Verringerung der verfügbaren Einkommen. Bezieher von geringen Einkommen seien davon besonders betroffen. Subventionen für Erneuerbare Energien kämen eher wohlhabenden Schichten oder international tätigen Konzernen zu Gute. Kritik wird weiterhin unter Verweis auf lokale Umweltwirkungen, insbesondere Eingriffe in das Landschaftsbild durch Windkraftanlagen geübt. Weiterhin wird bezweifelt, ob sich die Anstrengungen für eine Klimapolitik überhaupt lohnen. Einerseits wird auf den vermeintlich geringen eigenen Beitrag für den globalen Klimawandel verwiesen, andererseits auf Unsicherheit was Klimafolgen angeht. In den (wenigen) Fällen bei denen Klimapolitik unterstützt wird, wird insbesondere die Vorteile verwiesen, unabhängiger von Energieimporten zu werden, sowie die lokale Umwelt zu schützen.

Im Hinblick auf internationale Klimapolitik wird die Übertragung von nationaler Souveränität oder gar einer Umverteilung zugunsten des globalen Südens kritisch betrachtet. Zudem seien internationale Abkommen nicht wirkungsvoll, weil es keine effektiven Sanktionen gäbe. Nur wenige der untersuchten Parteien unterstützen das Pariser Abkommen, jedoch offensichtlich im Versuch, von fehlenden nationalen Anstrengungen zum Klimaschutz abzulenken (PiS oder Fidesz).

Die europäische Klimapolitik wird nahezu durchgängig kritisiert. Hier überlagert sich die von dieser Parteienfamilie geteilte Europaskepsis mit der Bewertung von Klimapolitik als ökonomisch und sozial problematisch, nachteilig für Nationalstaaten, besonders für solche mit einem hohen Anteil bei der Kohleverstromung. Die europäische Klimapolitik sei mit hohen Kosten verbunden und, selbst wenn sie zu einer Emissionsreduktion führe, wäre damit kein wirksamer Beitrag zum globalen Klimaschutz verbunden. Stattdessen gäbe es Wettbewerbsnachteile gegenüber Unternehmen aus den USA oder China.

Diese Einstellungen spiegeln sich schließlich auch im Stimmverhalten im EP. Wir haben das Abstimmungsverhalten von 16 rechtspopulistischen Parteien im EP in der vergangenen Legislaturperiode (2014-2019) für 13 klimapolitisch bedeutende Entscheidungen untersucht (auch hier sind die Details in Schaller & Carius 2019 zu finden). Dazu gehörte die Revision der Emissionshandelsrichtlinie, bindende Reduktionsziele, das *Saubere Energie für alle Europäer-Paket* u.a. Bei allen Entscheidungen im EP votierte eine Mehrheit gegen klimapolitische Vorschläge. Dabei stimmten AfD, die niederländische Freiheitspartei, die britische UKIP und der französische Rassemblement National (RN) durchgängig gegen die Vorschläge (bei RN auch wenige Enthaltungen). Die italienische Lega hat nur bei einer der 13 Entscheidungen ihre Unterstützung gegeben, die polnische PiS bei zweien. Ein größeres Maß an Unterstützung gab es nur von rechtspopulistischen Parteien aus kleineren Mitgliedsstaaten, die aber nur einen kleinen Anteil an Sitzen einnehmen. Die ungarische Fidesz und die litauische Partei *Ordnung und Gerechtigkeit* sind Ausnahmen – sie stimmten nahezu durchgängig für klimapolitische Initiativen und Gesetze, wenngleich sie diese im Gesetzgebungsprozess zuvor oftmals abschwächten.

Zusammengenommen repräsentierten die 16 untersuchten Parteien 15% der Sitze, trugen aber nahezu die Hälfte der Stimmen bei, die klimapolitische Vorschläge ablehnten. Ob und inwieweit sich die Stimmenzuwächse für dieses Parteienspektrum in der Zukunft auf legislative Vorhaben auswirken, bleibt abzuwarten. Vor dem Hintergrund der wechselnden Mehrheiten im Parlament, ist ein Anteil von bis zu einem Viertel der Sitze durch diese Parteien verbunden mit ihrem Einfluss auf Ebene der Mitgliedsstaaten allerdings durchaus problematisch.

3. Motive und Gründe für Populismus

Was sind die Gründe für die überwiegende Ablehnung von Klimapolitik durch populistische Parteien? Wie verhält sich Umwelt- und Klimapolitik zu den Ursachen für das Erstarken dieser Bewegungen? Und welche Optionen für den Umgang mit Populismus ergeben sich daraus für die Umwelt- und Klimapolitik? Diesen Fragen nähern wir uns über drei Schritte: erstens fragen wir danach, was Populismus genau ist. Zweitens diskutieren wir Hypothesen und Befunde zu den Ursachen des Erstarkens von Populismus und drittens zeigen wir die Implikationen für die populistische Bewertung von Umweltpolitik auf.

Unter Populismus wird - je nach Beitrag - eine Ideologie, eine Strategie oder ein Kommunikationsstil verstanden (van Kessel 2015; Spier 2014). Charakteristisch ist das weitgehende Fehlen eines ideologischen Kerns: *“populism [is a thin-centred] ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups,*

*‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people” (Mudde 2004, S. 543).*

Als Populismus qualifiziert erst, wenn einer Elitenkritik auch ein vermeintlich homogener Volkswillen gegenübergestellt wird. Die Nation, das *Volk* oder die eigene Kultur sind ein zentraler und identitätsstiftender Referenzpunkt. Darunter werden jeweils homogene Kategorien verstanden, während individuelle Unterschiede negiert werden (Wildt 2017). Personen oder Gruppen, die sich der postulierten Einheit eines *Volks* nicht zurechnen wollen, wird auch nicht zugestanden Teil dieser Gemeinschaft zu sein (Müller 2016). Populismus ist also ausgeprägt anti-pluralistisch. Die Verteidigung von (überwiegend imaginierten) traditionellen Lebensformen ist ein zentrales Motiv (Bescherer 2017). Für die damit verbundenen emotionalen Bezüge auf ehemals vorhandene Werte und eine kollektive Identität nutzt Taggart (2004) den Begriff eines „*heartland*“ als Referenzpunkt populistischer Bewegungen.

Darüber hinaus beinhaltet Populismus jedoch ein geringes Maß an ideologischer Festlegung. Es bleibt meist offen, was Ausdruck eines *Volkswillens* sei, der gegen die unterstellten Ideologien und Strategien eines Establishments vertreten und durchgesetzt werden müsse (Rovira Kaltwasser 2012; Taggart 2004). Populistische Bewegungen treten häufig antipolitisch auf: Politik wird als schmutziges Geschäft deklassiert, dem ein gesunder Menschenverstand gegenüberzustellen ist (Schedler 1996). Positionen werden ggf. auch kurzfristig und opportunistisch verändert, die Vermittelbarkeit von Positionen scheint in vielen Fragen wichtiger als ihre Konsistenz.

Wissenschaft und Medien werden neben den sog. etablierten Parteien als Teil eines Establishments gesehen. Ihnen wird unterstellt, dass relevante Fakten interessengeleitet verschwiegen oder gar bewusst verfälscht werden. Als Beleg werden randständige oder veraltete Forschungsergebnisse und alternative Medien herangezogen, um die eigene Position zu legitimieren.

Eine zentrale Kritik an demokratischer Politik und pluralistischem Wettbewerb ist die wahrgenommene Langwierigkeit von politischen Entscheidungsprozessen. Dem wird ein Wunsch nach schnellen und wirksamen Entscheidungen gegenübergestellt, die auch gegenüber Partikularinteressen durchsetzungsstark sein sollen. Dieser populistische Autoritarismus lässt sich nicht auf einer Rechts-Links Skala abbilden. Fragen der Umverteilung zugunsten von Bezieher*innen niedriger Einkommen sind genauso mit autoritärem Politikverständnis zu vereinbaren, wie wirtschaftsliberale Vorschläge oder konservative Positionen.

Die schwere Fassbarkeit eines ideologischen Kerns von Populismus spiegelt sich im Kommunikationsstil: Das geringe Ausmaß an Festlegung ermöglicht ein hohes Maß an Flexibilität und Unbestimmtheit inhaltlicher Aussagen. Politik wird dramatisiert, emotionalisiert und personalisiert. Weitere typische Elemente sind Vereinfachung, Erzeugung von Feindbildern, Bedienen von Vorurteilen und Verschwörungstheorien, die Reduktion von Komplexität unter Verweis auf *gesunden Menschenverstand* und der Verzicht darauf, konstruktive Lösungen anzubieten. Stattdessen werden radikale (Schein-)Lösungen präsentiert und dabei auch Tabus gebrochen (Wolf 2017; Decker & Lewandowsky 2017). Damit ist eine hohe Affinität zu Massenmedien und sozialen Medien gegeben, die ähnliche Bedürfnisse befriedigen (s.a. Diehl 2012; Engesser et al. 2017).

Zu den Ursachen für das Erstarken populistischer Parteien in der jüngsten Vergangenheit gibt es eine Reihe von teils konkurrierenden und teils überlappenden Hypothesen bzw. Befunden. Erstens wird postuliert, dass Populismus vor allem von ökonomischen Modernisierungsverlierern unterstützt wird. Diese seien von Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und materieller Unsicherheit betroffen. Anhänger dieser Bewegungen sind eher schlecht gebildet, erhalten niedrige Einkommen und arbeiten in traditionellen und von Rationalisierung bzw. von Verlagerung/Globalisierung bedrohten Sektoren (Spier 2006). Der Staat baue unter Verweis auf ökonomische Integration und Globalisierung wohlfahrtsstaatliche Sicherungen ab und verliere Teile seiner Handlungsfähigkeit und Schutzfunktion für diese Gruppen durch Delegation an supranationale Institutionen (Decker 2006). Populismus kann als Protest gegen eine solche Globalisierung interpretiert werden (Manow 2018).

Weiterhin wird eine kulturelle Entfremdung zwischen Regierenden und Bevölkerung vermutet, die sich vor allem in der Sprache ausdrücke (s.a. Manow 2018). Unterstützer von populistischen Bewegungen seien vor allem emotional (und weniger materiell) von Veränderungsprozessen betroffen und überfordert. Die Themen und die Sprache der Regierenden würden diese Emotionen nicht aufgreifen, sondern begründeten Politik vor allem sachlich. Im Gegensatz zu einem Bedürfnis nach einer gemeinsamen Identität, aus Nation, Heimat oder Volk werde von anderen Parteien die Diversität von (Minderheiten-)Identitäten betont. Damit ginge eine Repräsentation materialistischer Werte und dem damit verbundenen Bedürfnis nach Sicherheit im Parteiensystem verloren.

Eine weitere Hypothese postuliert einen strukturellen Ausschluss aus der politischen Willensbildung: Demokratie wird als (technokratische) Hinterzimmerpolitik wahrgenommen, bei der ein vermeintlicher Volkswille nicht zum Tragen komme. Anhänger populistischer

Bewegungen sehen sich dauerhaft von der politischen Vertretung ausgeschlossen (Müller 2016). Dies wird durch den Verlust von Bindungen an gesellschaftliche Großgruppen und traditionelle Milieus, insbesondere der Parteien, verstärkt.

4. Umwelt- und Klimapolitik in der Perspektive populistischer Narrative

Welche Rolle spielt Umwelt- und Klimapolitik in dem dünnen ideologischen Kern, dem Kommunikationsstil und für die Ursachen populistischer Bewegungen? Verglichen mit Migrations- und Integrationspolitik hat Umweltpolitik (bisher) keinen ähnlichen Stellenwert. Allerdings lässt sich gegenwärtige Umweltpolitik gut in ein populistisches Narrativ einordnen: Umweltpolitik wird als „elitäres Projekt“ diskreditiert, das auf eine Umverteilung zu Lasten *einfacher Leute* und besonders der ländlichen Bevölkerung hinauslaufe. Privater Konsum und bisherige Lebensstile werden stigmatisiert oder zumindest in Frage gestellt, reglementiert oder verteuert. Zudem kann sich Umweltpolitik - je nach Ausgestaltung und Kommunikation - verstärkend auf die Ursachen von Populismus wirken.

Insoweit Umweltpolitik sowohl als Teil eines Konsenses etablierter Parteien oder (ggf. auch entpolitisiert) als eine unabweisbare Reaktion auf *objektive* Sachzwänge vermittelt wird, werden die entsprechenden Narrative rechtspopulistischer Bewegungen bedient: Politik wird als alternativlose Konsensdemokratie diskreditiert, die gegen den *Volkswillen* agiere. Ebenso werden die sie begründende Wissenschaft und Medien als Teil eines *Establishments* abgewertet.

Der von Populisten verwendete Bezugsrahmen von wahlweise Volk/Heimat/Nation und der daraus abgeleitete Bewertungsmaßstab (*America first*, etc.) geht mit einer Ablehnung von Multilateralismus zum Schutz von globalen Gemeinschaftsgütern einher. Der Nationalstaat wird in der Umwelt- und Klimapolitik als entscheidungsschwach gegenüber Lobbyinteressen, internationalen und europäischen Institutionen gesehen. Diese Schwäche wird (scheinbar) bestätigt, wenn Umweltpolitik den eigenen Maßstäben nicht gerecht wird und selbstgesetzte Ziele verfehlt oder Grenzwerte nicht durchgesetzt werden. Daraus wird eine Legitimation für autoritäre Politik konstruiert.

Wenn Umweltpolitik auf die europäische Ebene delegiert oder auf Sachzwänge verwiesen wird, die sich aus internationalen Abkommen ergeben, stärkt dies den Eindruck, dass Nationalstaaten ihre Handlungsfähigkeit und ihre Schutzfunktion einbüßen. Bezieht sich Umweltpolitik auf Verteilungsgerechtigkeit zugunsten des Globalen Südens und zukünftiger Generationen, kann dies Verlustängste weiter verstärken.

Umweltpolitik birgt zudem das Risiko, soziale Ungleichheiten zu verstärken: umweltfreundliche Technologien oder Verhaltensweisen, z.B. gut gedämmte Häuser, erneuerbarer Strom, effiziente oder elektrische Autos, Bio-Lebensmittel usw. sind häufig mit höheren Kosten verbunden. Für Haushalte mit niedrigeren Einkommen können daraus Belastungen erwachsen. Ungleichheiten können auch zwischen Stadt und Land auftreten. Mit steigenden Kosten für motorisierte Mobilität sind ländliche Gebiete stärker betroffen als urbane Zentren. Zudem profitieren Bezieher höherer Einkommen eher von Subventionen und Steuernachlässen (z. B. Abwrackprämien oder Heizungstausch).

Nicht zuletzt geht Umweltpolitik vielfach mit einer postmaterialistischen Werteorientierung einher. So werden Lebensstile problematisiert, die für eine materialistische Werteorientierung stehen, sei es SUV fahren, Fleisch essen oder suburbane Lebensformen. Stattdessen werden postmaterialistische Werte und Lebensstile als Voraussetzung für wirksamen und ausreichenden Umweltschutz postuliert und damit Umweltpolitik als kulturelle Auseinandersetzung gerahmt.

5. Optionen für den Umgang mit populistischer Kritik

Welche Optionen gibt es für klima- und umweltpolitische Akteure, mit populistischen Parteien einerseits und ihren Wähler*innen andererseits umzugehen? Erstens ist die Entwicklung einer dezidierten Gegenposition denkbar, die auch mobilisierend für die sozialen Gruppen wäre, die Umweltpolitik unterstützen. Dabei könnten die zentralen Grundlagen von Umweltpolitik hervorgehoben werden: inter- und intragenerationale (mit dem globalen Süden) Gerechtigkeit, Evidenzbasierung, Europäisierung, Beteiligungsorientierung, Werteorientierung, Veränderung von Produktions- und Konsummustern in Richtung Nachhaltigkeit. Zweitens könnte Umweltpolitik verstärkt soziale Aspekte betonen. Dies kann etwa bedeuten, die sozialen Folgen von unterlassener Umwelt- und Klimapolitik herauszustellen und umwelt- und klimapolitische Instrumente so zu gestalten, dass Verteilungs- und Einkommenswirkungen minimiert werden bzw. sogar eine gerechtere Ressourcenverteilung erreicht wird. Drittens ist denkbar, dass Umweltpolitik Positionen aufgreift, die mit populistischen Argumentationen vereinbar scheinen (Heimatschutz, Naturschutz, Stärkung regionaler Wirtschaft und kleinbäuerlicher Landwirtschaft, etc.) und sich auch rhetorisch zu eigen macht. Dies könnte insbesondere die identitätsstiftenden Aspekte von Umweltschutz aufgreifen, wie die Vorstellung von einer unbeschädigten Landschaft oder der Waldschutz oder soziale Praktiken unterstützen, die in populismusaffinen Milieus Resonanz finden (z.B. regionale Bezüge bei der Ernährung oder Tourismus, Insektenschutz im eigenen Garten, gemeinschaftliche Abfallbeseitigung).

Allerdings ist gerade mit einer solchen konservativ geprägten Umweltpolitik das Risiko verbunden, dass zentrale Anliegen von Umweltpolitik nicht in diese Rahmung passen (Schutz globaler Gemeingüter oder Ausbau Erneuerbarer Energien), exkludierende Gesellschaftsvorstellungen übernommen werden und sich bisherige Unterstützer abwenden.

Im Umgang mit populistischer Kritik an Umweltpolitik gibt es aber keine zwingende Notwendigkeit, nur eine der hier skizzierten Strategien zu entwickeln. Vielmehr könnte ein Parteien-Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Konzepten von Umweltpolitik sinnvoll sein. Wenn die Entwicklung einer dezidierten Gegenposition als *Grüne Umweltpolitik*, die Betonung sozialer Aspekte als *sozialdemokratische Umweltpolitik* und die Integration von kompatiblen Positionen als eine *konservative Umweltpolitik* profiliert wird, könnte eine Re-politisierung von Umweltpolitik unterstützt werden. Dies würde dem Vorwurf eines angeblich *uniformen Establishments* vorbeugen. Wähler*innen würden sich ggf. wieder bei demokratisch-pluralistischen Parteien wiederfinden. Der (vermeintlichen) Alternativlosigkeit und technokratischem Regieren in umweltpolitischen Fragen würde Abhilfe geleistet. Der Wettbewerb zwischen Parteien um geeignete Lösungen für umweltpolitische Problemlagen kann auch jenseits der Auseinandersetzung mit populistischen Parteien dazu beitragen, dass eine neue Dynamik bei der Fortentwicklung von Umweltpolitik entsteht.

Literatur

- Bescherer P. (2017): »Wir sind doch auch eine Minderheit« Rechtspopulismus als Verteidigung von Lebensformen. *Ethik und Gesellschaft* 1/2017: Sozialethik der Lebensformen. <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2017-art-3>.
- Decker, F. (2006). Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven In: *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches korrektiv?* In F. Decker (Hrsg.) (S. 9-32). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90163-3_1.
- Decker, F., & Lewandowsky, M. (2017). Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. *ZfP Zeitschrift für Politik*, 64(1), 21–38. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2017-1-21>.
- Diehl, P. (2012): Populismus und Massenmedien. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5-6, 2012.
- Engesser, S., Ernst, N., Esser, F., & Büchel, F. (2017). Populism and social media: how politicians spread a fragmented ideology. *Information, Communication & Society*, 20(8), 1109–1126. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2016.1207697>.
- Manow, P. (2018): *Die Politische Ökonomie des Populismus*. Edition Suhrkamp.
- Mudde, C. (2004). The populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39(4), 542–563. doi: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x.

- Müller, J. (2016): Populismus. Symptom einer Krise der politischen Repräsentation? – Essay. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40-42, 2016.
- Rovira Kaltwasser, C. (2012). The ambivalence of populism: Threat and corrective for democracy. *Democratization*, 19(2), 184–208. <https://doi.org/10.1080/13510347.2011.572619>.
- Schaller, S., & Carius, A. (2019): Convenient Truths. Mapping climate agendas of right-wing populist parties in Europe. <https://www.adelphi.de/de/system/files/mediathek/bilder/Convenient%20Truths%20-%20Mapping%20climate%20agendas%20of%20right-wing%20populist%20parties%20in%20Europe%20-%20adelphi.pdf>. Zugegriffen: 17. Dezember 2019.
- Schedler, A. (1996). Anti-Political-Establishment Parties. *Party Politics*, 2(3), 291–312. <https://doi.org/10.1177/1354068896002003001>.
- Spier, T. (2006). Populismus und Modernisierung In: *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches korrektiv?* F. Decker (Hrsg.) (S. 33–58). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90163-3_2.
- Spier, T. (2014): Was versteht man unter "Populismus"? <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/192118/was-versteht-man-unter-populismus>. Zugegriffen: 17. Dezember 2019.
- Spittler, M. (2018). Are Right-Wing Populist Parties a Threat to Democracy? In: *Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times*. In W. Merkel & S. Kneip (Hrsg.) (S. 97–121). Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-319-72559-8_5.
- Taggart, P. (2004). Populism and representative politics in contemporary Europe. *Journal of Political Ideologies*, 9(3), 269–288. doi: 10.1080/1356931042000263528.
- Van Kessel, S. (2015). *Populist parties in Europe: Agents of discontent?* Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Wildt, M. (2017): *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Wolf, T. (2017): *Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.1007/978-3-658-29277-5_25

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20220711-163445-6

This is a post-peer-review, pre-copyedit version of: Jacob, K., Schaller, S., Carius, A. (2020). Populismus und Klimapolitik in Europa. In: Kaeding, M., Müller, M., Schmälter, J. (eds) *Die Europawahl 2019*. Springer VS, Wiesbaden, p. 301-311. The final authenticated version is available online at: https://doi.org/10.1007/978-3-658-29277-5_25

Alle Rechte vorbehalten.